

»Berufsverbote führen zu Duckmäsertum«

Bevor die Ludwig-Maximilians-Universität München einen Kommunisten einstellen darf, braucht sie das Okay des Verfassungsschutzes. Gespräch mit Kerem Schamberger

Interview: Gitta Düperthal



Foto: Privat

Sie sollen eine Stelle an der Ludwig-Maximilians-Universität in München antreten. Warum blockiert der Verfassungsschutz das?

Kerem Schamberger ist Kommunikationswissenschaftler, Mitarbeiter des Instituts für sozialökologische Wirtschaftsforschung (ISW), Sprecher

Es handelt sich um eine halbe Stelle als der DKP München und Mitglied der wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Marxistischen Linken Professor Michael Meyen, Verfasser des Buchs »Wer jung ist, liest die *Junge Welt*: Die Geschichte der auflagenstärksten DDR-Zeitung«. Ende Juni hatte ich alle für die Einstellung nötigen Unterlagen für das Personaldezernat der Uni zusammengestellt, auch den sogenannten Verfassungstreue-Fragebogen, bis heute noch in Bayern und Sachsen abzugeben. Dort ist anzukreuzen, in welchen Organisationen man Mitglied ist: Drei Seiten lang sind linke Organisationen aufgeführt, knapp zwei Seiten lang auf gleichsetzende und verharmlosende Weise faschistische und neonazistische Gruppen. Weil mein Name sowieso bekannt ist, habe ich angegeben, Mitglied der DKP, der Roten Hilfe und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes zu sein. Ist etwas angekreuzt, muss das Personaldezernat es an den Verfassungsschutz weiterreichen. Der hat trotz wiederholter Nachfrage keine Stellungnahme abgegeben und so meine Einstellung blockiert, die zu Beginn des Monats Oktober hätte stattfinden sollen.

Ist es heutzutage noch Usus, Berufsverbote über politisch engagierte Menschen zu verhängen?

Nach meiner Kenntnis wurde in jüngster Vergangenheit einzig dem in der Roten Hilfe organisierten Heidelberger Lehrer Michael Csaszkóczy aus Baden-Württemberg die Berufsausübung wegen Zweifeln an seiner »Verfassungstreue« für drei Jahre untersagt. 2007 hatte ihn der Karlsruher Verwaltungsgerichtshof rehabilitiert, mit Schadenersatz und Übernahme in den Staatsdienst. Aus Bayern kenne ich aus den letzten zwei Jahrzehnten keinen Fall – bei mir handelt es sich derzeit um ein De-facto-Berufsverbot, da ich die Stelle nicht antreten konnte und seit 1. Oktober arbeitslos bin.

Wie reagiert die Universität darauf, Mitarbeiter nicht einstellen zu können?

ANZEIGE Der Geschäftsführer des Instituts für Kommunikationswissenschaft, Bernhard Goodwin, und Professor Meyen stehen hinter mir und halten die Stelle für mich frei. Für das Institut und die Kollegen dort ist es eine Mehrbelastung. Ich hätte ein Seminar für 20 Studierende geben und Arbeiten betreuen sollen. Das müssen sie nun mit erledigen.

Unter anderem der DKP-Vorstand ruft zum Protest gegen das skandalöse Agieren des Geheimdienstes auf. Ob diesen das beeindruckt?

Dessen Bürokraten werden es sich vermutlich zumindest zweimal überlegen, wie sie ihre »Empfehlung« gestalten, da die Augen der Öffentlichkeit auf ihr Tun gerichtet sind. Spätestens seit dem Aufliegen des NSU-Terrors gehört der Dienst abgeschafft: Über Jahre ließ er zu, dass eine faschistische Mörderbande ungestraft mordend

durchs Land zog. Er ignoriert die ständig wachsende Gewaltbereitschaft neofaschistischer Kräfte, schaut weg, wenn Flüchtlingsunterkünfte brennen, Migranten bedroht, gejagt verprügelt, Polizisten ermordet werden. Nur nach links, gegen Demokraten, schlägt er zu.

Hat der Dienst in vergangenen Jahren nicht sogar mehr Kompetenzen erhalten?

Leider! Nach 2011 hatte er Legitimationsprobleme; bis hin zu Grünen und zur SPD wurde gefordert, ihn umzubauen oder aufzulösen. Er hatte aber das »Glück«, dass der Terror des »Islamischen Staats« wieder rechtfertigt, uns davor vermeintlich schützen zu müssen: Dabei schafft er es nicht mal, die Gesellschaft vor mordenden, extrem rechten »Reichsbürgern« zu schützen.

Wie ist der Verfassungsschutz in die Grenzen zu verweisen?

Berufsverbote gehören abgeschafft. Sie führen zu Duckmäusertum; dazu, dass Menschen Angst haben, sich politisch zu engagieren. Darüber stehen wir im Kontakt mit Landespolitikern der Grünen und der SPD im Bayerischen Landtag. Gerade in meinem Fall ist es paradox: In den vergangenen Wochen hatte ich zur Freiheit der Wissenschaft an den Universitäten in der Türkei unter dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan publiziert. Mit hiesigen Verhältnissen ist dessen Diktatur keinesfalls zu vergleichen. Aber auch hier gilt es, wachsam zu sein, damit kritischen Wissenschaftlern keine Steine in den Weg gelegt werden.

fteilen286

tweet

g+11

Lesen und lesen lassen (Login erforderlich) **Ich will auch!**



 Lesetip abgeben

Ausdrucken

Versenden

Leserbrief schreiben

Infos und Verweise zu diesem Artikel:

Ähnliche

Regio

Ähnliche:

Türkei-Deal aufkündigen; Solidarität mit Berufsverbotsopfern (19.07.2016)

Stelldichein mit Ultranationalisten (15.07.2016) CSU-Politiker will auf Sommerfest der türkischen faschistischen »Grauen Wölfe« in München auftreten

Im Zweifel gegen links (05.03.2016) Münchner Stadtrat muss nach Polizeieinsatz gegen Anti-IS-Demo vor Gericht. Hintergrund ist das Verbot der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)